SONJA SCHWANEBERG

DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSBEUTUNG DES GENERALGOUVERNEMENTS DURCH DAS DEUTSCHE REICH 1939–1945

Für die Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement (GG) ist festgestellt worden, dass sie von zwei gegensätzlichen Ansätzen bestimmt war. Zum einen wurde das GG als Reservoir für billige Arbeitskräfte und wirtschaftliche Güter angesehen, welche zum Vorteil des Reichs genutzt werden konnten. Dieser Ansatz einer unbegrenzten Ausbeutung war mit einer Politik der Desorganisation und Zerstörung verbunden. Der zweite Ansatz sah die Ausbeutung der wirtschaftlichen Kapazitäten vor Ort vor und basierte auf dem Plan, die wirtschaftliche Produktion im GG zu intensivieren. Dabei ging man davon aus, dass das GG einen eigenen operationalen Bedarf habe, der erfüllt werden musste, um dem Reich von Nutzen sein zu können. Diese miteinander konkurrierenden Pläne zur Ausbeutung des Gebiets bildeten ein konstitutives Element der deutschen Herrschaftsausformung im GG.[1]

Als Hitler am 17. Oktober 1939 sein radikales Programm zur Zukunft Polens darlegte, setzte er für das GG ausschließlich negative Ziele fest. Die deutsche Zivilverwaltung unter Generalgouverneur Hans Frank sollte dort ein „Teufelswerk" verrichten. Das Gebiet sollte weder wirtschaftlich weiter entwickelt noch administrativ organisiert werden. Gemäß den Richtlinien der Volkstumspolitik sollte es als Abschiebeterritorium für Polen aus

[1] RICHARD OVERY, The Economy of the German ‚New Order', in: RICHARD J. OVERY/ GERHARD OTTO/ JOHANNES HOUWINK TEN CATE, Die Neuordnung Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Berlin 1997, S. 14 ff.; GERHARD EISENBLÄTTER, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement 1939–1945, (Diss. phil.), Frankfurt/M. 1969, S. 110; WACŁAW DŁUGOBORSKI/ CZESŁAW MADAJCZYK, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945, hg. v. FRIEDRICH FORSTMEIER/ HANS ERICH VOLKMANN, Düsseldorf 1977, S. 378. CHRISTOPH KLEßMANN, Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1971, S. 36 ff.; HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/1939. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 273.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den annektierten westpolnischen Gebieten und Juden aus der gesamten Einflusssphäre des Reichs fungieren. Wirtschaftspolitisch korrespondierte damit die Idee der unbegrenzten Ausbeutung mit dem Ziel, den Lebensstandard auf niedrigstem Niveau zu halten und die Polen zu einem führerlosen Arbeitsvolk zu degradieren.[2] Allerdings entbrannte direkt nach der Errichtung des Generalgouvernements eine Debatte über dessen wirtschaftliche Grundlagen und deren zukünftige Entwicklung. Sollte das GG zusätzliche Bevölkerung aufnehmen, so musste die wirtschaftliche Basis so weit entwickelt werden, dass eine größere Bevölkerungszahl davon leben konnte. Gleichzeitig machte eine unbegrenzte Deportation von Menschen ins GG eine Wiederingangsetzung der Wirtschaft und eine Intensivierung ihrer Leistung unmöglich. Keinesfalls half eine Politik der Desorganisation und Zerstörung bei der Erreichung auch nur eines der beiden Ziele.[3] Deshalb befürwortete Generalgouverneur Frank eine pragmatischere Herangehensweise an die Besatzungspolitik, sowohl in Bezug auf die Wirtschafts- als auch auf die Bevölkerungspolitik.[4]

Bereits erste Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation ergaben, dass die Herausforderungen sehr viel größer waren, als in der Politik der Desorganisation einkalkuliert. Mit der Grenzziehung vom 7. Oktober 1939 hatte das Reich die wirtschaftlich profitableren Gebiete Polens direkt annektiert. Das GG war als Rumpfwirtschaft zurückgeblieben. Wirtschaftliche Probleme, wie eine unzureichende industrielle Basis, eine unproduktive Subsistenzlandwirtschaft und eine hohe, agrarisch ausgerichtete Überbevölkerung, die schon in der Zwischenkriegszeit den ökonomischen Fortschritt Polens belastet hatten, waren durch die Grenzziehung und mit der Schaf-

---

[2] Protokolle der Besprechung Hitlers mit Keitel betr.: Die Zukunft Polens, 17.10.1939, in: IMG, Bd. 26/2, 864-PS, S. 377-383; IAN KERSHAW, Hitler. 1936–1945, Nemesis, London 2000, S. 237; MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Frankfurt/M. 1965, S. 11-15.

[3] NORMAN RICH, Hitler's War Aims, London 1974, Bd. 2, S. 87; WERNER RÖHR, Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939–1945 und die Stellung dieses Landes in den Plänen für die Neuordnung Europas, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7 (1992), Nr. 2, S. 57; MARTEN HOUSDEN, Hans Frank, Lebensraum and the Holocaust, Basingstoke, New York 2003, S. 97.

[4] Ausarbeitung der Akademie für Deutsches Recht zur „Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik nach volkspolitischen Gesichtspunkten", abgeschlossen im Januar 1940, 661-PS, in: IMG, Bd. 26/1, S. 207-242; Frank in der Sitzung über Ostfragen unter dem Vorsitz Görings, 12.2.1940, 305-EC, in: ebd., Bd. 36, S. 305; CHRISTOPHER BROWNING, Die Entfesselung der ‚Endlösung'. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, München 2003, S. 90-95.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fung des GG noch weiter vergrößert worden.[5] Bereits vor dem Krieg war das Territorium des GG ein landwirtschaftliches Zuschussgebiet und abhängig von der agrarischen Überschussproduktion der westpolnischen Gebiete gewesen. Die nationalsozialistischen Pläne zur Bevölkerungsverschiebung verschärften diese Probleme weiter, wie der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft im GG, Hellmut Körner, ausführte. So hätten vor dem Krieg zwölf bis 13 Millionen Menschen auf dem Gebiet des GG gelebt, diese Zahl werde aber mit den anstehenden Deportationen von Polen und Juden auf 16 Millionen ansteigen. Dies bedeute, dass mehr Menschen mit verringertem wirtschaftlichen Potential ernährt werden müssten, so Körner.[6] Für den Winter 1939/40 hatte das Reich Importe aus den annektierten westpolnischen Gebieten für die Versorgung des GG zugesagt.[7] Langfristig allerdings war es aus deutscher Sicht nicht akzeptabel, das GG aus den neu gewonnenen Kornkammern der annektierten polnischen Westgebiete mitzuversorgen. Vor diesem Hintergrund forderte Körner für die Ernte 1940, dass alles getan werden müsse, um durch Modernisierung und Intensivierung die landwirtschaftliche Produktion im GG substantiell zu erhöhen.[8] Jedoch reiche eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion allein nicht aus, um dem GG eine gesicherte wirtschaftliche Basis zu schaffen, erklärte dagegen der damalige Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im GG, Karl Schlumprecht. Da es unmöglich sei, 16 Millionen Menschen von einer rein agrarischen Wirtschaft zu ernäh-

---

[5] Zu den wirtschaftlichen Problemen Polens in der Zwischenkriegszeit vgl. ZBIGNIEW LANDAU/ JERZY TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 164 f.; NORMAN DAVIES, God's Playground. A History of Poland in two volumes, New York 1982, Bd. 2, S. 163-177; DOREEN WARRINER, Economics of Peasant Farming, Oxford 1939; ANTONY POLONSKY, Politics in Independent Poland 1919–1939. The Crisis of Constitutional Government, Oxford 1972; EDWARD A. RADICE, General Characteristics of the Region between the Wars, in: The Economic History of Eastern Europe 1919–1975, hg. v. MICHAEL C. KASER/ EDWARD A. RADICE, Oxford 1985, Bd. 1, S. 23-65; ALICE TEICHOVA, Industry, in: The Economic History, Bd. 1, S. 222-322; BEREND, Agriculture, in: ebd., S. 148-209.

[6] Bericht Nr. 1 über die Lage der Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement, 1.12.1939, AIPN, NTN 269 (Bühler-Prozess), Bl. 3; KONRAD MÜLLER, So arbeiten die Sieger für die Besiegten, in: Das Generalgouvernement (Februar 1941), S. 44. H. R. JAHN, Das Generalgouvernement – Volk und Raum, in: Das Vorfeld (Dezember 1940), S. 20 f.

[7] Sitzung der Distriktschefs und Amtsleiter des GG, 8.11.1939, in: Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 61 f.

[8] Sitzung, 1.12.1939, in: Diensttagebuch, S. 67.; Bericht Nr. 1 über die Lage der Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement, 1.12.1939, AIPN, NTN 269, Bl. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ren, forderte er, dass Industrie und Gewerbe im GG wieder aufgebaut und erweitert werden müssten.[9]

Vor diesem Hintergrund kam es nach einer ersten Periode der rücksichtslosen Plünderung im Winter 1939 zu einem Wechsel in der Wirtschaftspolitik. Verbündete für einen Kurswechsel fand Frank zum einen in der Wehrmacht, der er seine Unterstützung bei der Wiederingangsetzung der Rüstungsproduktion im GG zusagte. Wichtiger noch war der Kompromiss, den Frank mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Hermann Göring, erreichte. Nachdem Göring das Gebiet im Herbst 1939 rücksichtslos hatte ausplündern lassen, kam er mit Frank im Dezember 1939 überein, nun eine längerfristige Ausnutzung der wirtschaftlichen Kapazitäten des GG einzuleiten. Im Gegenzug machte Frank die Dienststelle für den Vierjahresplan auf Kosten der Zivilverwaltung zur führenden wirtschaftlichen Institution im GG.[10] Gemäß dem neuen wirtschaftspolitischen Kurs sollte das GG nun insoweit gefördert werden, wie es dem Reich Vorteile brachte. Das bedeutete, dass alle Unternehmen, welche die Reichswirtschaft entlasten konnten, vor Ort produzieren sollten.[11] In der Besatzungsrealität jedoch wurde es zum strukturellen Problem der Wirtschaftspolitik im GG, dass die beiden konkurrierenden Konzepte gleichzeitig weiterverfolgt wurden. Der Versuch, vor Ort für die deutsche Kriegswirtschaft zu produzieren, wurde durch die gleichzeitige Politik der rücksichtslosen Ausbeutung vor allem des Agrarsektors unmöglich gemacht. Da das GG ein landwirtschaftliches Defizitgebiet war, wurde der Export von agrarischen Produkten im Jahr 1939/1940 beschränkt und sogar 130.000 Tonnen Getreide aus den vom Reich annektierten westpolnischen Gebieten importiert. Allerdings verlangte Göring im Februar 1940, dass das GG seine Abhängigkeit von Lebensmittellieferungen aus dem Reich verringere. Frank versicherte daraufhin eilig, dass er eine hundertprozentige Selbstversorgung zum

---

[9] Sitzung der Distriktschefs und Amtsleiter des GG, 8.11.1939, BAB, R 52 II/223.

[10] Sitzung Frank und Generalleutnant von Barckhausen, 1.12.1939, in: Diensttagebuch, S. 67 f.; Konferenz bei Generalfeldmarschall Göring, 4.12.1939, in: ebd., S. 74–77; Sitzung mit dem Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan im GG, Generalmajor Robert Bührmann, 8.1.1940, in: ebd., S. 84.; Göring an Frank, 30.12.1939, BAB, R 43 II/355a; Frank und das Amt des Generalgouverneurs bzgl. der Einrichtung der Dienststelle für den Vierjahresplan im GG, 9.1.1940, NTN 261 (Bühler-Prozess), Bl. 7 ff.; Abteilungsleitersitzung, 19.1.1940, in: Diensttagebuch, S. 91.

[11] Sitzung Frank und Generalleutnant von Barckhausen, 1.12.1939, in: ebd., S. 67; Konferenz bei Generalfeldmarschall Göring, 4.12.1939, in: ebd., S. 74-77; CZESŁAW ŁUCZAK, Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce, Poznań 1979, S. 33.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herbst 1940 anstrebe.[12] Tatsächlich begannen die deutschen Besatzungsbehörden 1940/41 sogar damit, landwirtschaftliche Produkte aus dem GG an die dort stationierten Truppen der Wehrmacht und SS zu liefern und insbesondere seit 1942/43 auch an das Reich.[13]

Um in der Lage zu sein, die landwirtschaftlichen Ressourcen des GG abzuschöpfen, war es eine der wichtigsten Aufgaben der Zivilverwaltung, die agrarische Produktion zu steigern.[14] Obwohl die deutschen Landwirtschaftsbehörden diese Aufgabe – zumindest anfangs – sehr ernst nahmen, waren ihre Bemühungen nicht besonders erfolgreich.[15] So sank der Ertrag pro Hektar bei Getreide in einem schlechten Jahr wie 1942/43 sehr weit unter das Vorkriegsniveau, während er in einem normalen Jahr wie 1943/44 das Vorkriegsniveau erreichte, aber nicht übertraf. Die Erträge für Kartoffeln und besonders für Zuckerrüben fielen in beiden Jahren hinter den Vorkriegsstand zurück. Der gesamte Ertrag von Getreide, Hackfrüchten und Ölsaaten lag 1942 und 1943 etwa ein Viertel unter dem durchschnittlichen Gesamtertrag der Jahre 1935 bis 1938.[16]

Das Scheitern der deutschen Landwirtschaftsverwaltung hatte sowohl wirtschaftliche wie auch politische Gründe. Verglichen mit den eingegliederten polnischen Gebieten erhielt das GG von Beginn an weniger landwirtschaftliche Produktionsmittel, und die Zahl verringerte sich 1942/43 weiter.[17] Darüber hinaus hatte die Deportation von polnischen Arbeitern aus dem GG in das Reich zur Folge, dass viele Landwirtschaftsunternehmen wochenlang ohne Arbeiter waren, auch weil sich die Menschen aus Furcht vor Zwangsrekrutierung versteckten. Das politische Vorgehen schloss nachteilige Rückwirkungen der im GG verfolgten Umsiedlungspolitik und

---

[12] Sitzung über Ostfragen unter dem Vorsitz Görings, 12.2.1940, 305-EC, in: IMG, Bd. 36, S. 299-307; Bericht Bührmanns über die Sitzung bei Göring, 15.2.1940, in: Diensttagebuch, S. 109.

[13] CZESŁAW ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung in Polen während der deutschen Besatzungszeit 1939–1945, in: Agriculture and Food Supply in the Second World War, hg. v. BERND MARTIN/ ALAN S. MILWARD, Ostfildorn 1985, S. 117.

[14] Sitzung, 1.12.1939, in: Diensttagebuch, S. 67; Bericht Nr. 1 über die Lage der Ernährungs- und Landwirtschaft im GG, 1.12.1939, AIPN, NTN 269 (Bühler-Prozess), Bl. 8; ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 124.

[15] EDWARD A. RADICE, Agriculture and Food, in: The Economic History, Bd. 2, S. 381; GUSTAVO CORNI/ HORST GIES, Brot – Butter – Kanonen. Die Ernährungswirtschaft unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 509 f.; LANDAU, TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 215 f.; ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 121.

[16] KARL BRANDT, Management of Agriculture and Food in the German Occupied and other Areas of Fortress Europe, Stanford 1953, S. 23.

[17] LANDAU/ TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 215; ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 117 ff.; BRANDT, Management, S. 17 f.; HELLMUT KÖRNER, Zwischen Warthegau und UdSSR, Berlin 1941, S. 26.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des gegen die lokale Bevölkerung ausgeübten Terrors ebenso ein wie militärische Operationen.[18]

Trotz dieses Scheiterns bei der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung wurden die Lieferungsforderungen aus dem Reich im Zuge des andauernden und sich ausweitenden Kriegs erhöht. Damit wurde die Politik der langfristigen landwirtschaftlichen Produktionssteigerung durch eine Politik der Plünderung der landwirtschaftlichen Ressourcen zum Ziel der kurzfristigen Befriedigung der Bedürfnisse des Reichs ersetzt.[19] Dies zeigt sich an der Getreidemenge, die vom GG ins Reich exportiert wurde.[20] 1940/41 und 1941/42 setzte die deutsche Zivilverwaltung ein Ernteerfassungsziel von 27 bis 28 Prozent der geschätzten Gesamternte fest. Tatsächlich konnten nur ungefähr 13 Prozent der Gesamternte von 1940/41 und 25 Prozent der Gesamternte von 1941/42 eingezogen werden. Von diesem Getreide blieben mehr als 90 Prozent im GG zur Verteilung an die Deutschen und die urbane Bevölkerung. Dies änderte sich dramatisch, als 1942/43 das Ernteerfassungsziel von 27 auf 40 Prozent der geschätzten Gesamternte heraufgesetzt wurde. Das eingezogene Getreide ging zu 51 Prozent an das Reich und die Wehrmacht. Dieser Prozentsatz wurde 1943/44 auf 38 Prozent verringert und stieg 1944/45 auf 48 Prozent an.[21] Um die Bauern zur Ablieferung ihrer Produkte zu bewegen, richtete die Zivilverwaltung im Frühjahr 1940 ein Prämiensystem ein. Sie hatte erkannt, dass es für die Bauern in Anbetracht der großen Nachfrage keinen wirtschaftlichen Anreiz bedeutete, ihre landwirtschaftlichen Produkte zu festgesetzten Preisen an deutschen Sammelpunkten abzuliefern.[22] Im Gegenzug für die Ablieferung eines bestimmten Anteils ihrer Ernte bekamen die Bauern Bonuspunkte zusätzlich zum offiziellen Preis. Dadurch erhielten

---

[18] ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 267.; BRANDT, Management, S. 21, 24; RADICE, Agriculture and Food, S. 366, 381; LANDAU/TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 216.

[19] ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 124; LANDAU/ TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 215 f.

[20] RADICE, Agriculture and Food, S. 374.

[21] Exposé über die fünfjährige Aufbauarbeit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, 19.10.1944, AIPN, NTN 288, (Bühler-Prozess), Bl. 16; Regierungsbericht von Josef Bühler zum 4. Jahrestag des Bestehens des GG, 26.10.1943, ebd., Bl. 142 f., 149; EISENBLÄTTER, Grundlinien, S. 340; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 400; CZESŁAW MADAJCZYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin 1987, S. 295.

[22] Bericht Dr. Rompes zur Beurteilung der Preise und Lebenshaltungskosten im GG, Schlussfolgerungen aus der Bereisung des GG in der Zeit zw. 12.–20.10.1941, BAB, R 43II/625.; World Economic Survey. Eleventh Year. 1942/44, hg. v. ECONOMIC, FINANCIAL AND TRANSIT DEPARTMENT OF THE LEAGUE OF NATIONS, Geneva 1946, S. 31, 116; RADICE, Agriculture and Food, S. 366.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie ein Kaufrecht für nicht-agrarische Güter wie Textilien, Eisen- und Haushaltswaren, Zucker, Zigaretten oder Alkohol zu offiziellen Preisen.[23] Die Abteilung Preisbildung im GG verteidigte diese Herangehensweise mit dem Hinweis, dass dies nicht etwa eine simple Tauschwirtschaft sei, sondern eine normale monetäre Wirtschaft, die mit Kaufberechtigungsscheinen arbeitet.[24] Allerdings funktionierte das auf wirtschaftliche Anreize ausgelegte System von festgesetzten Erntequoten und Prämien wegen Mängeln in der Planung und Organisation nur in einem begrenzten Maße. Zudem gab es bei den Bauern einen generellen Widerwillen, die landwirtschaftlichen Produkte an die deutschen Behörden zu liefern, da sie keinen Einfluss darauf hatten, welcher Teil dieser Produkte wirklich an die autochthone Stadtbevölkerung ging und welcher an die Besatzungsarmee oder das Reich geliefert wurde.[25] Deshalb setzten die deutschen Behörden zusätzlich die Polizei, die SS, Wehrmachtsdivisionen und den Sonderdienst – das Exekutivorgan der Kreis- und Stadthauptleute – zur Ernteerfassung ein.[26] Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Bauern reichten von Geldbußen über Gefängnisstrafen bis hin zur Einweisung in Zwangsarbeitslager und Ent-

---

[23] Bühler an die Kreishauptleute, 27.4.1940, AIPN, NTN 262 (Bühler-Prozess), S. 104 f.; Exposé über die fünfjährige Aufbauarbeit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, 19.10.1944, AIPN, NTN 288, Bl. 12; Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, 10.1941, AIPN, NTN 284 (Bühler-Prozess), Bl. 35; Wirtschaftstagung, 6.–7.7.1940, in: Diensttagebuch, S. 239; Bericht Dr. Rompes zur Beurteilung der Preise und Lebenshaltungskosten im GG, Schlussfolgerungen aus der Bereisung des GG in der Zeit zw. 12.–20.10.1941, BAB, R 43II/625; Sitzung, 15.5.1940, in: Diensttagebuch, S. 201; BRANDT, Management, S. 25. RADICE, Agriculture and Food, S. 378.

[24] Abteilung Preisbildung, Allgemeiner Versorgungsplan, 28.5.1940, BAB, R52 VI/5d.

[25] Bericht Dr. Rompes zur Beurteilung der Preise und Lebenshaltungskosten im GG, Schlussfolgerungen aus der Bereisung des GG in der Zeit zw. 12.–20.10.1941, BAB, R 43II/625; World Economic Survey, S. 31. RADICE, Agriculture and Food, S. 366.

[26] Bericht des Kreishauptmanns Busko, 8.1940, BAB, R 52/III/23.; Bericht Kreishauptmann Radomsko, 8.1940, BAB, R 52/III/24; Bericht Kreishauptmann Miechow, 8.1940, ebd.; Bericht Gouverneur Warschau, 11.3.–10.4.1940, AIPN, NTN 271 (Bühler-Prozess), Bl. 15 ff.; Bericht Kreishauptmann Konskie, 8.1940, BAB R 52/III/24.; Bericht Gouverneur Lublin, 7.7.1942, AIPN, NTN 285 (Bühler-Prozess), Bl. 27 f.; Berichte der Kreishauptleute Jaroslau, Sanok und Neumarkt, 8.1940, BAB, R 52/III/24; Auszug aus dem Vortrag von Schulte-Wissermann, auf der Wirtschaftssitzung, 6.–7.7.1940, BAB, R 52/VI/5d; CORNI/GIES, Brot – Butter – Kanonen, S. 511; LANDAU/ TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 217 f.; RADICE, Agriculture and Food, S. 367; WACŁAW DŁUGOBORSKI, Die deutsche Besatzungspolitik und die Veränderungen der sozialen Struktur Polens 1939–1945, in: Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, hg. v. DERS., Göttingen 1981, S. 308.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eignung.[27] Zu Beginn der Zwangslieferungen an das Reich 1940/41 wurden nur 45 Prozent der angesetzten Quote eingesammelt. Dies waren ungefähr 13 Prozent der geschätzten Gesamternte[28] Erst 1941/1942 verlief die Ausbeutung der Landwirtschaft systematischer. Die Quoten wurden erhöht und die Methoden der Erfassung wurden brutaler.[29] Im Kriegswirtschaftsjahr 1941/42 erfassten die Deutschen rund 90 Prozent der Getreidequote, das waren ungefähr 25 Prozent der geschätzten Gesamternte. 1942/43 und 1943/44 erhöhte die Zivilverwaltung die Quote auf 40 Prozent der gesamten Ernte. Davon realisierte sie 88 Prozent im Zeitraum 1942/43 und sogar 94 Prozent in den Jahren 1943/44.[30]

Man kann also sagen, dass es mittels systematischerer Anwendung von Gewalt gelang, die landwirtschaftlichen Zwangsablieferungen zu erhöhen. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass in keinem Jahr das Ziel voll erreicht wurde. Der Fehlbetrag ging meistens zu Lasten der Versorgung der urbanen Bevölkerung im GG.[31] Angesichts der Lebensmittelknappheit hatte die Zivilverwaltung ohnehin geplant, die Zuteilungen an die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.[32] Hierzu wurde ein System der Nahrungsmittelverteilung eingeführt, das den wirtschaftlichen und politischen Zielen der deutschen Verwaltung entsprach. Während die ländliche Bevölkerung als selbstversorgend galt, wurde die urbane Bevölkerung nach

---

[27] Bericht Kreishauptmann Miechow, 8.1940, BAB, R 52/III/24; Bericht Kreishauptmann Opatow, 8.1940, BAB, R 52/III/24; Regierungssitzung, 16.10.1941, in: Diensttagebuch, S. 419; Agrarstrafordnung, 9.12.1942, VOBlGG 1942, S. 754–760; CZESŁAW RAJCA, Beschlagnahme von Landwirtschaften im Generalgouvernement, in: Studia Historia Oeconomicae, XVII (1982), S. 251.

[28] ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 398; LANDAU/ TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 217.

[29] Bericht Gouverneur Warschau, 11.3.–10.4.1940, AIPN, NTN 271, S. 17; Bericht des Generalbevollmächtigten für die Ernteerfassung im GG, Pehle, 28.10.1942, BAB, NS 19/2648; LUDWIK LANDAU, Kronika lat wojny i okupacji, Warszawa 1962, Bd. 1, S. 170, 434; JAN TOMASZ GROSS, Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernement 1939–1944, Princeton 1979, S. 103 ff.; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 294; WERNER RÖHR, Einleitung, in: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945), hg. v. DERS., Berlin 1989, S. 53; CZESŁAW ŁUCZAK, Przedsiębiorcy w okupowanej Polsce (1939–1944), in: Image przedsiębiorcy gospodarczego w Polsce w XIX i XX wieku, hg. v. RYSZARD KOŁODZIEJCZYK, Warszawa 1993, S. 229; DŁUGOBORSKI, Die deutsche Besatzungspolitik, S. 343.

[30] GROSS, Polish Society, S. 107.

[31] Hunger in Europe. A Statement of the Case for Controlled Food Relief in German Occupied Europe, hg. v. FAMINE RELIEF COMMITTEE, London 1942, S. 6.

[32] Sitzung, 1.12.1939, in: Diensttagebuch, S. 72.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beruflichen und rassischen Kategorien unterschiedlich eingestuft.[33] Die offiziellen Nahrungsmittelrationen im GG galten sogar verglichen mit den benachbarten okkupierten Gebieten als sehr gering.[34] Verschiedenen zeitgenössischen Berechnungen zufolge lag die offizielle tägliche Ration für die polnische Bevölkerung im Jahr 1941 bei ungefähr 700 Kalorien, die für die jüdische Bevölkerung bei nur rund 200 bis 300 Kalorien.[35] Es gelang der Zivilverwaltung jedoch nicht einmal, diese geringen Rationen zuverlässig bereitzustellen.[36]

Zusammenfassend lässt sich für die Landwirtschaft also sagen, dass die deutschen Bemühungen, eine Produktionssteigerung zu erreichen, fehlschlugen.[37] Es gelang zwar zunehmend, substantielle Mengen landwirtschaftlicher Produkte an das Reich zu liefern. Hingegen schaffte es die deutsche Verwaltung nicht, den landwirtschaftlichen Sektor so zu organisieren, dass sie auch die einheimische Bevölkerung, auf deren Mitarbeit sie vermehrt angewiesen war, ernähren konnte. Somit basierte die Umsetzung der deutschen Landwirtschaftspolitik im GG auf offiziell sanktionierter Unterernährung der autochthonen Bevölkerung. Dieses Scheitern im agrarischen Sektor behinderte die Errichtung einer „deutschen Ordnung" auch in den anderen Sektoren der Wirtschaft.[38]

---

[33] Abteilung Preisbildung, Allgemeiner Versorgungsplan, 28.5.1940, BAB, R52/VI/5d; Wirtschaftstagung, 6/7 Juli 1940, in: Diensttagebuch, S. 239.; Sitzung 11.3.1942, in: ebd., S. 471; Bericht Herbert Backes über die Lieferverpflichtungen des GG im IV. Kriegswirtschaftsjahr, 14.12.1942, BAB, NS 19/1995; Aktennotiz Krügers an Himmler wegen der Ernährungsfrage der Fremdvölkischen im GG, 22.1.1943, BAB, NS19/2648; World Economic Survey, S. 115, 130; RADICE, Agriculture and Food, S. 393; DAVIES, God's Playground, Bd. 2, S. 445.

[34] Bericht Krügers über die Lage im GG, BAB, NS 19/2664.

[35] Bericht Rompes, BAB, R 43II/625; Hunger in Europe, S. 6; Bericht Dr. Häusslers über die Ernährungslage der industriellen Arbeiterschaft, 14.11.1941, in: Documenta Occupationis, Bd. 6: KAROL MARIA POSPIESZALSKI, Hitlerowskie „prawo" okupacyjne w Polsce, Bd. 2: Generalna Gubernia. Wybór dokumentów i próba syntezy, Poznań 1958, S. 356-373; WACŁAW JASTRZĘBOWSKI, Gospodarka niemiecka w Polsce 1939–1944, Warszawa 1946, S. 344.

[36] Memorandum des polnischen Haupthilfeausschusses (*Rada Główna Opiekuńcza,* RGO) an die Hauptabteilung Innere Verwaltung betreffend den freien Lebensmittelmarkt, 26.1.1943, AAN, RGO Kraków 33, S. 94; Lagebericht des Chefs der Ordnungspolizei, 15.5.1940, BA-MA, RH 53-23/25; Bericht Nr. 1 über die Lage der Ernährungs- und Landwirtschaft im Generalgouvernement, 1.12.1939, AIPN, NTN 269, Bl. 3.; Regierungssitzung, 5.9.1941, in: Diensttagebuch, S. 399 f.; World Economic Survey, S. 30.

[37] ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 124.

[38] ROLF-DIETER MÜLLER, Die Konsequenzen der „Volksgemeinschaft": Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, München 1989, S. 246; CORNI/ GIES, Brot – Butter – Kanonen, S. 512 f.; ŁUCZAK, Landwirtschaft und Ernährung, S. 126.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der industrielle Sektor war durch die Ausplünderung des GG in den ersten Monaten der Okkupation schwer beschädigt worden, wie die Zivilverwaltung, die Dienststelle für den Vierjahresplan und die Verantwortlichen der Wehrmacht übereinstimmend einräumten.[39] Ohnehin war das Gebiet aufgrund geringer eigener Vorkommen in der Rohstoff- und Energieversorgung weitestgehend vom Reich abhängig.[40] So hatte das GG beispielsweise 1940/41 einen durchschnittlichen Jahresbedarf von 6.235.000 Tonnen Kohle. Es produzierte selber 1940 aber nur 15.000 Tonnen Steinkohle und 200 Tonnen Braunkohle.[41] Da aber auf Grund der Truppentransporte an die Ostfront das Schienennetz überlastet war, wurden in der Zeit von April 1940 bis März 1941 nur 3.600.000 Tonnen geliefert.[42] Als Resultat des Kohlen- und Rohstoffmangels musste die gewerbliche und industrielle Produktion im GG weitestgehend eingestellt werden.[43] Sogar wichti-

---

[39] Vortragsnotizen für Vortrag Oberost beim Oberbefehlshaber des Heeres, 15.2.1940, AIPN, NTN, 255/9, (Bühler-Prozess), S. 135 f.; Bericht der Abteilung Wirtschaft für 1940, BAB, R 52 VI/7; Bericht der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Krakau zum 5. Jahrestag des GG, AIPN, NTN 288, S. 66 f.; Ergebnisse der Vierjahresplan-Arbeit. Ein Kurzbericht nach dem Stand vom Frühjahr 1942, BAB, R 26/I/18; Frank in der Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses im GG, 2.3.1940, in: Diensttagebuch, S. 129; OVERY, The Economy of the German „New Order", S. 16; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 610; EDWARD A. RADICE, Changes in Property Relationships and Financial Arrangements, in: The Economic History of Eastern Europe, Bd. 2, S. 341; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 227 ff.

[40] Arbeitsteilung im Gesamtbereich der Wirtschaftsverwaltung im GG, BAB, R52/VI/5b; HERBERT KRAFFT, Ein Jahr im großdeutschen Wirtschaftsraum, in: Das Generalgouvernement (Oktober 1940), S. 43; MÜLLER, So arbeiten die Sieger, S. 44; ERNST KUNDT, Entstehung, Probleme, Grundsätze und Form der Verwaltung des GG, in: Die Burg, April 1944, S. 55.; HELMUT MEINHOLD, Das Generalgouvernement als Transitland, in: ebd., Oktober 1941, S. 25; PETER HEINZ SERAPHIM, Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements, Krakau 1941, S. 48.

[41] Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, Oktober 1941, AIPN, NTN 284, S. 31, 36; Bericht der Abteilung Wirtschaft für 1940, BAB, R 52 VI/7.

[42] Rüstungsinspekteur GG, General Max Schindler, an das OKW, WiRü Amt, General Thomas, 28.1.1941, BA-MA, RW 23/6a; Vierteljährlicher Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/1; Bericht der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Krakau für 1940, AIPN, NTN 287 (Bühler-Prozess), Bl. 101; Bericht Biehl, Die gegenwärtige Wirtschaftslage im GG (1941), BAB, R 52/VI/8.

[43] Ebd., Bl. 2; Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, 11.1941, AIPN, NTN 284, Bl. 28 f.; Bericht Kreishauptmann Tarnow, 8.2.1941, AIPN, NTN 280 (Bühler-Prozess), Bl. 103; Bericht Gouverneur Krakau, 17.2.1941, ebd., Bl. 16; Bericht Gouverneur Warschau, 10.2.1941, ebd., Bl. 235; Bericht Stadthauptmann Warschau, 12.5.1941, AIPN, NTN 281 (Bühler-Prozess), Bl. 70.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ge Rüstungsbetriebe waren bedroht.[44] Das Transportproblem war struktureller Natur und verbesserte sich nicht im Laufe des Kriegs. Im Dezember 1942 blockierten 550 teilweise beladene, teilweise leere Züge das Schienennetz, da dieses größtenteils nur eingleisig ausgebaut und ohne Verschiebebahnhöfe war.[45] Trotz dieser Probleme in der Rohstoff- und Energieversorgung verzeichnete die Rüstungsproduktion im GG in der Zeit vom zweiten Quartal 1941 bis zum ersten Quartal 1942 ein moderates Wachstum. In den verbleibenden drei Quartalen 1942 belief sich die Produktion auf mehr als das Doppelte im Vergleich zum Herbst 1940. 1943 stieg die Rüstungsproduktion auf mehr als das Dreifache des Jahres 1940, während sie im Jahr 1944 schließlich auf das Vierfache im Vergleich zu 1940 anstieg. Der unerledigte Auftragsbestand am Monatsende, der die tatsächliche Auslieferung um ein Vielfaches überstieg, zeigt allerdings, dass die Rüstungsindustrie im GG die Erwartungen des Reichs nicht erfüllte.[46]

Waren die Voraussetzungen für eine Ausnutzung des industriellen Sektors im GG schon nicht besonders vorteilhaft, so schuf die deutsche Politik zusätzliche Hindernisse. Dies betraf die Entscheidung zur Eliminierung der Juden aus allen Bereichen der Wirtschaft. Das Hauptargument hierfür war die Behauptung, dass die „unlauteren jüdischen" Geschäftspraktiken die Wirtschaft schädigten und einer Modernisierung der Produktion im GG im Wege ständen.[47] Allerdings bildeten Juden einen wichtigen Teil des Handels- und Handwerkswesens, auf den auch eine deutsch-gelenkte Wirtschaft im GG angewiesen war. Mit dem Ausschluss der Juden

---

[44] Rüstungsinspekteur GG, General Max Schindler, an das OKW, WiRü Amt, General Thomas, 28.1.1941, BA-MA, RW 23/6a.

[45] Vierteljährlicher Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/1; Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 4. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/2.

[46] Bericht Gouverneur Warschau, 15.10.1942, AIPN, NTN 285, S. 204; EISENBLÄTTER, Grundlinien, S. 313; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 285.

[47] Bericht der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Krakau zum 5. Jahrestag des GG, AIPN, NTN 288, Bl. 62.; Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, 11.1941, AIPN, NTN 284, Bl. 38; BOGDAN MUSIAL, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999, S. 146; DIETER POHL, Der Raub an den Juden im besetzten Osteuropa 1939–1942, in: Raub und Restitution. „Arisierung" und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, hg. v. CONSTANTIN GOSCHLER/ PHILIPP THER, Frankfurt/M. 2003, S. 66; JERZY TOMASZEWSKI, The Role of Jews in Polish Commerce, 1918–1939, in: The Jews of Poland Between the Two World Wars, hg. v. YISRAEL GUTMAN/ EZRA MENDELSOHN/ JEHUDA REINHARZ, London 1989, S. 154 ff.; GÖTZ ALY/ SUSANNE HEIM, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 222.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurden Löcher in den wirtschaftlichen Ablauf gerissen, welche die deutsche Zivilverwaltung nicht zu stopfen vermochte.[48] Dies zeigte sich zum Beispiel im Handwerksbereich. Gemäß den Schätzungen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit (RKW) waren circa 50 Prozent dieses Bereiches im GG (ohne Galizien) in jüdischer Hand.[49] Gemäß diesen Kalkulationen gab es ungefähr 100.000 Handwerksbetriebe mit rund 250.000 Beschäftigten. Weitere 50.000 bis 70.000 Personen arbeiteten im Heimgewerbe. Alles in allem lebten – inklusive der Angehörigen – ungefähr 750.000 Menschen im GG vom Handwerk. Im Vergleich dazu schätzte das RKW, dass ungefähr 430.000 Menschen in Industrie und Bergbau beschäftigt waren und insgesamt 1.075.000 Menschen von Einnahmen aus diesem Sektor lebten. Demnach war der Handwerkssektor ein Schlüsselsektor für die Kriegswirtschaft im GG. In seinem Bericht stellte das RKW fest, dass im Gegensatz zur landläufigen Annahme der Handwerkssektor im GG nicht überbesetzt war. Während es im Reich 20,3 Handwerksbetriebe auf 1.000 Menschen gab, lag die Zahl im GG nur bei 7,7 Handwerksbetrieben. Unter Berücksichtigung einer geringeren Nachfrage und einer niedrigeren Produktivität im GG gingen RKW-Experten davon aus, dass der Handwerkssektor im GG nicht verkleinert werden müsse, sondern sogar um 50 Prozent wachsen könne. Die jüdischen Handwerksbetriebe sollten von Polen übernommen werden; Reichs- und „Volksdeutsche“ kamen aus ideologischen Gründen hierfür nicht in Frage, da sie die industrielle Oberschicht im GG bilden sollten. Allerdings waren nach Schätzungen des RKW in den Jahren 1940/41 nur rund 50.000 Handwerker aus den eingegliederten Gebieten ins GG deportiert worden. Deshalb musste die Ausbildung zusätzlicher polnischer Handwerker aus dem GG absolute Priorität für die Zivilverwaltung haben.[50] Bis zu ihrer Ermordung wurden die jüdischen Handwerker in den Ghettos als Arbeiter in Großbetrieben eingesetzt, wo sie für die Rüstungswirtschaft produzierten.[51] Als die jüdischen Rüstungsarbeiter im Sommer 1942 in die Vernichtung einbezogen wurden, hatte dies gravierende Folgen für die Rüstungsindustrie im GG, wie der Militärbefehls-

---

[48] Der Handel im Generalgouvernement, BAB, R 52/VI/22, Bl. 3 f.; Bericht Steding, IfZ, Ms 446, S. 65. Sitzung, 28.2.1940, in: Diensttagebuch, S. 124; Bericht der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Krakau für 1940, AIPN, NTN 287, Bl. 100; Frank in der Abteilungsleitersitzung, 12.9.1940, in: Diensttagebuch, S. 281; DŁUGOBORSKI, Die deutsche Besatzungspolitik, S. 316; DIETER POHL, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt/M. 1993, S. 74; MUSIAL, Zivilverwaltung, S. 148.

[49] Das Handwerk im Generalgouvernement, Bericht des Reichskuratoriums für die Wirtschaftlichkeit, Dienststelle GG, 5.1941, BAB, R 52 VI/18.

[50] Ebd., Bl. 3, 23.

[51] Ebd., Bl. 16 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haber Kurt Freiherr von Gienanth in einem Memorandum an das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) vom 18. September 1942 warnte. Von insgesamt einer Million Arbeitern im industriellen Sektor des GG waren 300.000 Juden, darunter 100.000 Facharbeiter. In den Rüstungsbetrieben stellten die jüdischen Arbeiter zwischen 25 und 100 Prozent der Belegschaft. Dies bedeute, dass im Zuge der Vernichtung der jüdischen Rüstungsarbeiter die Produktion in einigen Unternehmen zumindest stark behindert und in anderen gar nicht mehr möglich sein würde. Ungelernte jüdische Arbeiter könnten möglicherweise durch Polen ersetzt werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass weniger polnische Zwangsarbeiter in das Reich deportiert würden und es der Polizei tatsächlich gelänge, zusätzliche Arbeiter auch zu rekrutieren. Beides war eher unwahrscheinlich. Für die jüdischen Facharbeiter gab es unter keinen Umständen Ersatz.[52] Bis August 1942 waren jüdische Arbeitskräfte immer genutzt worden, um Lücken zu füllen, die durch den erhöhten Bedarf des Reichs an ukrainischen und polnischen Zwangsarbeitern entstanden waren.[53]

Grobe Schätzungen besagen, dass die Gesamtzahl der Arbeiter, die aus dem GG ins Reich gebracht wurden, zwischen 1,3 und 1,5 Millionen lag und somit ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung des GG ausmachte.[54] Um diese Zahl zu erreichen, nutzten die Deutschen hauptsächlich Zwang als Rekrutierungsinstrument. Von September bis Dezember 1939 waren insgesamt 39.675 polnische Arbeiter mit einer Mischung aus wirtschaftlichem Druck und Propaganda ins Reich gebracht worden. Das war eine durchschnittliche Rate von 10.000 Arbeitern im Monat. Als Frank allerdings im Januar 1940 ankündigte, von nun an 10.000 Arbeiter am Tag ins Reich zu schicken, um bis Ende April die Zahl von einer Million zu erreichen, entbrannte eine Debatte über die Rekrutierungsmethoden.[55]

---

[52] MiG an OKW, 18.9.1942, in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hg. v. Jüdischen Historischen Institut in Warschau, Berlin 1961, S. 444 ff.

[53] Rundschreiben der Abteilung Arbeit beim Amt des Generalgouverneurs über die Zwangsarbeit der jüdischen Bevölkerung, 5.7.1940, in: ebd., S. 210 ff.; Bericht Gouverneur Warschau, 15.10.1942, AIPN, NTN 285, S. 204 f.; CHRISTOPHER BROWNING, Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt/M. 2001, S. 109; NEIL GREGOR, Daimler-Benz in the Third Reich, New Haven 1998, S. 210 f.; ULRICH HERBERT, Labour and Extermination: Economic Interest and the Primacy of Weltanschauung in National Socialism, in: Past and Present, Nr. 138, Februar 1993, S. 162; MUSIAL, Zivilverwaltung, S. 117 f., 164 f.

[54] GROSS, Polish Society, S. 78.

[55] Franks Richtlinien für den Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan im GG, Generalmajor Robert Bührmann, 25.1.1940, NTN 262, (Bühler-Prozess), S. 67–71; EVA SEEBER, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Während die Vertreter des Reichs dazu neigten, die nötigen Arbeiterzahlen durch Zwangsrekrutierungen zu erreichen, tendierten Vertreter der Zivilverwaltung eher dazu, die befürchteten negativen innen- und außenpolitischen Auswirkungen hervorzuheben sowie auf die mangelnden Exekutivkräfte und Transportmöglichkeiten zu verweisen. Zudem verlangte die Zivilverwaltung, dass zunächst Voraussetzungen für eine Fortführung der freiwilligen Anwerbung dadurch geschaffen werden müssten, indem sich die Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich verbessere.[56] Dies war zwar durchaus ein gerechtfertigter Einwand, der allerdings nicht darüber hinwegtäuschen konnte, dass es sich hierbei um den Versuch einer Verlagerung der Verantwortlichkeiten für die zu geringen Rekrutierungszahlen handelte. Auch die Zivilverwaltung hatte es nicht vermocht, wirtschaftliche Anreize für die Arbeitsaufnahme im Reich zu schaffen.[57] Letztlich war die Einführung von Zwangsmaßnahmen bei der Arbeiterrekrutierung das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Generalgouverneur Frank und Herbert Backe, der als Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung in der Dienststelle Vierjahresplan für die Landarbeiterrekrutierung zuständig war. Die generell freiwilligen Rekrutierungsmaßnahmen sollten durch den exemplarischen Einsatz von Polizeieinheiten unterstützt werden.[58] Als 1942 der von Hitler zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannte Fritz Sauckel die Arbeitergewinnung im GG übernahm, wurden die Rekrutierungsmethoden immer rücksichtsloser.[59] Die Arbeitsämter nahmen

---

dem sogenannten Generalgouvernement (1939–1945), Berlin 1964, S. 114 ff., 127; EDWARD L. HOMZE, Foreign Labour in Nazi Germany, Princeton 1967, S. 33; ULRICH HERBERT, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985, S. 69.

[56] Dienstversammlung der Kreis- und Stadthauptmänner des Distrikts Lublin, 4.3.1940, in: Diensttagebuch, S. 144; Besprechung über die Verschickung von Landarbeitern in das Reich, 7.3.1940, in: ebd., S. 148 f.; Frank, 12.3.1940, in: ebd., S. 152; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 75 f., 131; HOMZE, Foreign Labour, S. 30–35; EISENBLÄTTER, Grundlinien, S. 326 f.

[57] Bericht des Distrikts Warschau, 11.4.-10.5.1940, AIPN, NTN 271 (Bühler-Prozess), Bl. 149; Sitzung, 9.5.1940, in: Diensttagebuch, S. 196; Rüstungswirtschaftlicher La-gebericht der Rüstungsinspektion Oberost, 27.3.–14.5.1940, BA-MA, RH 53-23/25, Bl. 104.

[58] Runderlass der Abteilung Arbeit, 26.4.1940, AAN, Rząd GG 1414, Bl. 58–62; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 85 f.; für eine gegenteilige Beurteilung vgl. HOMZE, Foreign Labour, S. 38.

[59] WALTER NAASNER, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Rüstungsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994, S. 33 ff.; EISENBLÄTTER, Grundlinien, S. 330 ff.; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 149-153, 170, 175; HOMZE, Foreign Labour, S. 104, 108 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meistens den Weg des geringsten Widerstandes und sammelten die Menschen einfach auf den Straßen ein, wenn sie gerade die Kirche oder das Kino verließen. Oder sie fingen die Arbeiter an Stellen ein, wo viele von ihnen versammelt waren, was bedeutete, dass sie die Arbeiter aus den Fabriken nahmen, die im GG produzierten. Nachrichten über diese Entführungen verbreiteten sich rasch und verursachten Unruhe in der Bevölkerung.[60] Ulrich Herbert hat betont, dass dies Teil der deutschen Taktik gewesen sei, gemäß der sich die polnische arbeitsfähige Bevölkerung aus Angst vor Deportation freiwillig melden sollte.[61] Jedoch versuchte die polnische Bevölkerung die Deportation zur Arbeit im Reich mit allen Mitteln zu vermeiden.[62] Die Androhung von Gewalt und Enteignung machte es nur umso wahrscheinlicher, dass die Menschen in die Wälder flüchteten und sich Widerstandsgruppen anschlossen, wie der Höhere SS und Polizeiführer (HSSPF) im GG, Friedrich Wilhelm Krüger, beklagte.[63] Polnische Historiker schätzen, dass lediglich 30 bis 40 Prozent derer, die für Arbeit im Reich rekrutiert wurden, auch tatsächlich dort ankamen.[64] Damit wurden die Erwartungen des Reichs keineswegs erfüllt. Darüber hinaus stellt sich angesichts der Tatsache, dass nur ungefähr ein Drittel der im GG angeworbenen Arbeiter auch tatsächlich im Reich ankamen, die Frage, wie effizient der Gebrauch von Zwang für die Anwerbung war.

Diese Frage muss man vor allem vor dem Hintergrund stellen, da durch die Zwangsrekrutierungen Schwierigkeiten in anderen Wirtschaftssektoren auftraten. So kritisierte der vom Reich ernannte Sonderbevollmächtigte für die Ernteerfassung im GG, Heinrich Pehle, dass die unsystematischen Rekrutierungsmethoden zu einem Ansehensverlust der Deutschen im GG führten, jedoch ohne viel zu erreichen. Besonders kritisierte er die negativen Rückwirkungen auf die Ernteerfassung. Da die Bauern fürchteten, an den offiziellen Sammelpunkten verhaftet und zur Arbeit ins Reich deportiert zu werden, war die Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten zurückgegangen. Manche Bauern gingen nicht selbst, sondern schickten stattdessen Kinder oder Greise zu den Sammelpunkten, die auch nach deutschen Maßstäben nicht als Arbeiter qualifiziert waren. Es sei unmög-

---

[60] Bericht Krügers über die Lage im GG, BAB, NS 19/2664.

[61] HERBERT, Fremdarbeiter, S. 187.

[62] Besprechung, 7.3.1940, in: Diensttagebuch, S. 149; Lagebericht des Chefs der Ordnungspolizei, 15.5.1940, BA-MA, RH 53-23/25; Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 4. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/2; Rüstungswirtschaftlicher Lagebericht der Rüstungsinspektion Oberost, 15.5.–14.6.1940, BA-MA, RH 53-23/25; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 86 f.

[63] Bericht Krügers über die Lage im GG, BAB, NS 19/2664.

[64] MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 225; GROSS, Polish Society, S. 80.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich, mit Kindern und Greisen das abgelieferte Getreide zu verladen, klagte Pehle.[65] Dieses Beispiel zeigt, dass die Anwendung von Terror möglicherweise half, einzelne Ziele in einem der Wirtschaftssektoren zu erreichen. Gleichzeitig wurde dadurch jedoch die Erfüllung der Ziele in anderen Sektoren behindert. Somit war die Anwendung von Terror insgesamt ein eher nutzloses Instrument der Okkupationspolitik.[66] Die Rekrutierung von Arbeitern für das Reich war eine schwere Behinderung der Rüstungsproduktion im GG.[67] General Max Schindler, der Rüstungsinspekteur im GG, beschwerte sich bei seinem Vorgesetzen, dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, dass Sauckels Aktionen die letzten Arbeiterreserven im GG aufsaugten und die Rüstungsfirmen vor Ort so gegenüber den Firmen im Reich übervorteilt würden.[68]

Während einerseits der Druck zur Produktionssteigerung im GG seit 1942 stetig wuchs, war es schwierig geworden, die Rüstungsindustrie auch nur mit ungelernten Arbeitern zu versorgen, ganz zu schweigen von Facharbeitern. Aufgrund der sich stetig verschlechternden Sicherheitslage standen die Exekutivkräfte im GG kaum mehr für die Arbeiterrekrutierung bereit.[69] Allerdings war – gemäß der Einschätzung der Rüstungsdienststellen im GG – das Problem nicht allein einem Mangel an Arbeitern geschuldet, sondern der Tatsache, dass die polnische Bevölkerung offizielle Arbeitsverhältnisse mied. Rüstungsinspekteur Schindler schätzte, dass circa 50 Prozent der Facharbeiter im GG nicht registriert waren. Dies war zum einen darauf zurückzuführen, dass auch Rüstungsarbeiter eine Deportation ins Reich fürchten mussten. Zum anderen lag es daran, dass die polnischen Arbeiter auf dem Schwarzmarkt arbeiteten.[70]

---

[65] Bericht Pehles, 28.10.1942, BAB, NS 19/2648.

[66] WERNER RÖHR, Terror und Politik. Über die Funktionen des Terrors für die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939–1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 43 (1995), Nr. 1, S. 43.

[67] GREGOR, Daimler-Benz, S. 209 f.

[68] Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/1; Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 4. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/2.

[69] Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1943 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW 23/3.

[70] Überblick des Dienststellenleiters des Rüstungskommandos Krakau über die in der Berichtszeit aufgetretenen wesentlichen Probleme, 2. Quartal 1943, BA-MA, RW 23/11; Sitzung, 15.7.1942, in: Diensttagebuch, S. 525.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tatsächlich waren die Deutschen nie mehr als zur Hälfte Herr der Wirtschaft im GG.[71] Vielmehr bestanden zwei Wirtschaftssysteme nebeneinander: Auf der einen Seite die offizielle Kriegswirtschaft und auf der anderen Seite der schwarze oder freie Markt.[72] Das ursprüngliche Konzept für das GG war gewesen, dass ein niedriger Lebensstandard und eine Lohn- und Preisfestsetzung die industrielle Produktion hier billiger machen sollte als im Reich. Tatsächlich aber war die Produktion im GG nicht billiger, sondern teurer als im Reich. Der Grund hierfür war der Schwarzmarkt.[73] Die offizielle Kriegswirtschaft wurde von der Zivilverwaltung durch die Übernahme der Schlüsselindustrien und die Überwachung der Verteilung und Verarbeitung von Produktionsstoffen kontrolliert. Auch der Verbrauch wurde durch die amtliche Zuteilung von Lebensmitteln und Textilien an den Einzelkonsumenten reglementiert. Der freie oder schwarze Markt hingegen leistete „allen möglichen Einflüssen Folge und arbeitete meist in einer Richtung, die den Verwaltungstendenzen zuwiderlief".[74] Ein wesentlicher Grund für das Bestehen der beiden Wirtschaftssysteme und deren Auseinanderklaffen war, dass die offiziellen Zuteilungen an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln an die polnische Bevölkerung nicht ausreichten, um auch nur den existentiellen Minimalbedarf zu decken.[75] In ihrem Bericht für März 1942 stellte die Abteilung für Preisbildung fest:

> „Die amtliche Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung ist nur noch eine Teilversorgung, die Aufrechterhaltung der Behauptung, dass auch dieser Teil der Bevölkerung eine bei minimalsten Ansprüchen ausreichende Versorgung erhalte, wäre eine glatte Selbsttäuschung. Die Folgen dieser Unterversorgung sind ungeheuerlich. Die gesamte nichtdeutsche Bevölkerung nimmt am Tausch- und Schleichhandel passiv und meistens auch aktiv teil."[76]

---

[71] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 134.

[72] Überblick des Dienstellenleiters des Rüstungskommandos Krakau über die in der Berichtszeit aufgetretenen wesentlichen Probleme, 2. Quartal 1943, BA-MA, RW 23/11.

[73] Ebd., Bl. 41; Bericht der Hauptabteilung Wirtschaft über Besonderheiten der Wirtschaftslage, 5.–6.1944, BAB, R 52/VI/9, Bl. 3 f.

[74] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 134.

[75] Preispolitischer Lagebericht Nr. 16 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 31.3.1942, ebd., Bl. 27; Memorandum „Grundsätzliche Fragen der Preisüberwachung", 1.2.1943, AAN, Rząd GG 393/11, Bl. 14; RGO-Memorandum „Die Preisentwicklung auf dem Warschauer Markte", 5.5.1941, AAN, RGO Kraków 1081a, Bl. 1.

[76] Preispolitischer Lagebericht Nr. 16 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 31.3.1942, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Während die offizielle Kriegswirtschaft durch festgelegte Höchstpreise im Zaum gehalten wurde, war der freie oder schwarze Markt durch ein enormes und vor allem beständiges Ansteigen der Preise gekennzeichnet.[77] Rüstungsinspekteur General Schindler stellte fest, dass ein Rüstungsarbeiter im GG höchstens 320 Zloty verdiente, durchschnittlich jedoch meist nicht mehr als 230 Zloty. Zog man hiervon die Kosten für Miete und zugeteilte Lebensmittelrationen ab, blieben vielleicht noch 160 Zloty übrig. Von diesem Geld konnte man auf dem Schwarzmarkt gerade mal ein halbes Kilo Butter kaufen. Schindler schätzte, dass ein alleinstehender Arbeiter zum Überleben im GG monatlich 800 Zloty bräuchte und ein verheirateter Arbeiter mit Kindern mindestens 1.200 Zloty.[78] Um die Lücke zu schließen, die sich auftat, da weder die offiziellen Löhne noch die offiziellen Lebensmittelrationen zum Überleben ausreichten, arbeiteten viele im offiziellen Sektor angestellte Arbeiter zusätzlich noch in der illegalen Wirtschaft, wo sie zwischen fünf- und zehnmal soviel verdienten.[79] Hieraus resultierte für die offizielle Wirtschaft das Problem der hohen Fehlzeiten der Arbeiter. Es war im GG gang und gäbe, dass Arbeiter zwei oder drei Tage in der Woche nicht zur Arbeit erschienen. Rüstungsinspekteur Schindler erklärte in der ersten Sitzung der Rüstungskommission des GG am 24. Oktober 1942, dass generell 25 Prozent der Arbeiter täglich fehlten. Im Sommer, wenn es viel Arbeit in der Landwirtschaft gab, stieg diese Zahl leicht auf 70 Prozent an. Das Resultat war, dass man im GG durchschnittlich 30 Prozent mehr Arbeiter für die Produktion brauchte als unter normalen Bedingungen.[80] Die Unternehmen wirkten dem entgegen, indem sie eigenständig für eine zusätzliche Versorgung der Beschäftigten in Form von Geldzahlungen, Deputaten oder Lebensmitteln sorgten.[81] Das bedeutete allerdings, dass sich die Unternehmen dann auf dem einen oder anderen Weg selbst am Schleichhandel beteiligen mussten.[82] Im ersten Fall kaufte

---

[77] Überblick des Dienstellenleiters des Rüstungskommandos Krakau über die in der Berichtszeit aufgetretenen wesentlichen Probleme, 2. Quartal 1943, BA-MA, RW 23/11.

[78] Besprechung Frank, Schindler und Bühler, 26.3.1943, in: Diensttagebuch, S. 634 ff.; Arbeitssitzung über die Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im GG, 14.4.1943, in: ebd., S. 638 f.; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 481, 487.

[79] Paul Budin an Speer, 15.10.1943, BAB, NS 19/2664; Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, 10.1941, AIPN, NTN 284 (Bühler-Prozess), Bl. 28.

[80] Protokoll über die erste Sitzung der Rüstungskommission im GG, 24.10.1942, BA-MA, RW 23/2.

[81] Überblick des Rüstungsinspekteurs über die im 3. Vierteljahr 1942 aufgetretenen wesentlichen Probleme, deren Entwicklung und Lösung, BA-MA, RW23/1; GREGOR, Daimler-Benz, S. 204 f.

[82] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 131.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Unternehmen zusätzliche Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt, um sie an seine Arbeiter und deren Familienangehörige zu verteilen. Im zweiten Fall stellte das Unternehmen Tauschgüter für den Schwarzmarkt bereit, indem es seinen Arbeitern Naturalleistungen zugestand, die den persönlichen Verbrauch bei weitem überschritten. So erhielten zum Beispiel die Putzfrauen einer Bewirtschaftungsstelle eine jährliche Zuteilung von 480 Kilogramm Zucker pro Person verbunden mit dem Ratschlag, diesen auf dem Schwarzmarkt gegen andere Lebensmittel zu tauschen.[83] Im dritten Fall missachtete das Unternehmen einfach die Lohnregelung im GG und bezahlte höhere Löhne, mit denen die Arbeiter sich dann über den Schwarzmarkt mit Lebensmitteln versorgen sollten. Angesichts der Unmöglichkeit, diese zusätzlichen Lohnkosten bei amtlichen Preisen zu erwirtschaften, musste das Unternehmen dann selbst einen Teil seiner Produkte zu höheren Preisen schwarz verkaufen.[84]

Dieser engen Verknüpfung der gewerblichen Produktion mit dem Schleichhandel entsprach eine ähnlich enge Verbindung in der Landwirtschaft. Da es der Zivilverwaltung nicht gelang, den Bauern notwendige Betriebsmittel und grundlegende Bedarfsartikel in ausreichendem Maße zuzuteilen, verkauften oder tauschten die Bauern ihre Produkte auf dem Schwarzmarkt, wo sie auch die von ihnen benötigten industriellen und gewerblichen Artikel erstehen konnten.[85] Die Zivilverwaltung hatte sich bemüht, genau gegen dieses Problem mit der Einführung des Bonussystems anzugehen. Allerdings musste die Abteilung für Preisbildung in ihrem Bericht vom Juni 1943 zugeben, dass diese Maßnahme nur in sehr geringem Umfang erfolgreich war. Das lag zum einen daran, dass die Gesamtmenge der zur Verfügung gestellten Bonusgüter zu gering war, und zum anderen, dass viele der bereitgestellten Bonusgüter nicht den Bedarf der Bauern deckten.[86] Die Bauern erhielten zu wenig landwirtschaftliche Produktionsmittel und zu viel Alkohol und Tabak, welche dann auf dem Schwarzmarkt gehandelt wurden.[87] Zudem war es der Zivilverwaltung trotz

---

[83] Memorandum „Grundsätzliche Fragen der Preisüberwachung“, 1.2.1943, AAN, Rząd GG 393/11, Bl. 14.

[84] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 131.

[85] Ebd.

[86] Ebd.; Preispolitischer Lagebericht Nr. 21 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.3.1943, ebd., Bl. 110.

[87] Preispolitischer Lagebericht Nr. 20 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 14.12.1942, ebd., Bl. 92; Lammers an Himmler, 17.4.1943, BAB, NS 19/2664; Bericht Kreishauptmann Janow-Lubelski, 8.1940, BAB, R 52/III/23; Bericht Kreishauptmann Krakau-Land, 10.1940, BAB, R 52/III/24; Bericht Kreishauptmann Zamosc, 10.1940, BAB, R 52/III/23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Tauschsystems nicht gelungen, die Lücke zwischen den niedrigen Preisen für landwirtschaftliche Produkte und den hohen Preisen für industrielle und gewerbliche Güter zu schließen, wie es ursprünglich intendiert gewesen war.[88]

Die zu niedrige Festsetzung des offiziellen Wechselkurses von Zloty und Reichsmark – die Reichsmark war um 33 Prozent überbewertet – verschärfte die Probleme der Preisstruktur weiter.[89] Im August 1941 verglich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, wie viele Kilo Roggen ein Farmer zu den offiziellen Preisen im GG und im Reich verkaufen musste, um die notwendigsten Produktionsmittel erwerben zu können. Demzufolge kostete ein Paar Arbeitsschuhe 56 Zloty oder 207 Kilo Roggen im GG, während es im Reich umgerechnet nur 25 Zloty oder 69 Kilo Roggen waren. Zudem kostete eine Motordreschmaschine im GG 7.000 Zloty oder 25.925 Kilo Roggen, verglichen mit umgerechnet nur 1.090 Zloty oder 5.800 Kilo Roggen im Reich.[90] Das bedeutete, dass besonders Kleinbauern, welche die Mehrheit im GG stellten, nicht in der Lage waren, mit ihren Bezugsscheinen gewerbliche Güter zu kaufen.[91] Im Gegensatz dazu lag der Preis für landwirtschaftliche Produkte auf dem Schwarzmarkt um ein Vielfaches höher, und gewerbliche und industrielle Güter gab es hier zu kaufen oder zu tauschen.[92]

Zusammenfassend waren es also auf der einen Seite die unzureichenden Zuteilungen von Lebensmitteln und Textilien für die Arbeiter im GG und auf der anderen Seite die mangelnde Bereitstellung von landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln und Gebrauchsgütern für die bäuerliche Bevölkerung, die die Wurzel des Schwarzmarktes im GG bildeten. Diese beiden Fehler setzten eine Kettenreaktion in Gang: Eine Lücke in der staatlich kontrollier-

---

[88] Wirtschaftstagung, 6.–7.7.1940, in: Diensttagebuch, S. 239.

[89] Bericht über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im GG, Dr. Justus Schmitt, Referent im Reichswirtschaftsministerium, in: Documenta Occupationis, Bd. 6, S. 350–356; ALAN S. MILWARD, The New Order and the French Economy, Oxford 1970, S. 97; RADICE, Agriculture and Food, S. 378.

[90] Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an das Amt für Preisbildung, 18.8. 1941 wegen der Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und Bedarfsartikel, AAN, Rząd GG 1302, Bl. 312.

[91] Bericht, Kreishauptmann Tomaszow, 8.1940, BAB, R 52/III/23; Bericht, Kreishauptmann Busko, 8.1940, BAB, R 52/III/23; Bericht Pehles, 28.10.1942, BAB, NS 19/2648.

[92] Bericht über den Aufbau der Hauptabteilung Wirtschaft, 10.1941, AIPN, NTN 284, S. 35; Lammers an Himmler, 17.4.1943, BAB, NS 19/2664; LANDAU/ TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte, S. 218.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten Wirtschaft riss weitere Lücken an anderen Enden des Systems auf.[93] So partizipierte nahezu jede Einzelperson, jeder Betrieb und jeder Wirtschaftszweig aktiv oder passiv am Schwarzmarkt. Und da jede Branche beteiligt war, war auch alles – von Lebensmitteln über gewerbliche Güter und Rohmaterialien bis hin zu Luxusgütern – auf dem Schwarzmarkt zu haben.[94] Im Juni 1943 schätzte die Abteilung Preisbildung, dass der Schwarzmarkt wenigstens ein Drittel bei der Deckung des gesamten Bedarfs, in den Städten sogar mehr als die Hälfte, ausmachte.[95] Der polnische Haupthilfeausschuss schätzte sogar, dass bis zu 75 Prozent der Lebensmittelversorgung über den Schwarzmarkt lief.[96] Zwar war dadurch die durchschnittliche Kalorienzufuhr im GG beträchtlich höher als von den deutschen Behörden geplant und organisiert.[97] Allerdings machten es die rasant steigenden Preise für die Bevölkerung zunehmend schwierig, sich auf dem Schwarzmarkt zu versorgen. Hiervon waren die Juden am stärksten betroffen, nicht nur weil ihre offiziellen Rationen noch geringer waren als die der Polen, sondern auch weil sie mehrheitlich zur urbanen Bevölkerung gehörten. Hingegen hatte die polnische Landbevölkerung direkten Zugang zu Nahrungsmitteln und war auch in der Lage, ihre städtische Verwandtschaft mit zusätzlichen Lebensmitteln zu versorgen.[98]

Die Deutschen sahen im Schwarzmarkthandel einen zunehmenden Verfall der wirtschaftlichen Moral, wie sich etwa der Warschauer Gouverneur Ludwig Fischer beschwerte. Für ihn war es vollkommen inakzeptabel, dass deutsche Privatunternehmer sich ebenso wie staatliche Stellen

---

[93] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, S. 132 f.

[94] Preispolitischer Lagebericht Nr. 16 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 31.3.1942, ebd., Bl. 27; Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, ebd., Bl. 132; RGO-Memorandum an die Hauptabteilung Innere Verwaltung, 26.1.1943, AAN, RGO Kraków 33, Bl. 94; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 422.

[95] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 132 f.; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 426.

[96] Ergänzung des RGO zur Denkschrift vom 26.1.1943 über den freien Lebensmittelmarkt, 2.2.1943, AAN, RGO Kraków 33, Bl. 98; Bericht, Stadthauptmann Warschau, 12.5.1941, AIPN, NTN 281, S. 79; RGO Krakau an Lothar Weirauch, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, 10.3.1943, AAN, RGO Kraków 33, Bl. 102; World Economic Survey, S. 115 f.

[97] Food, Famine, and Relief, 1940–46, S. 36; World Economic Survey, S. 128; CZESŁAW MADAJCZYK, Polityka III Rzeszy w okupowawej Polsce, Bd. 2, Warszawa 1970, S. 76; GROSS, Polish Society, S. 100 ff.; OVERY, The Economy of the German „New Order“, S. 26 f.

[98] Memorandum der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (JSS): „Die Approvisation der jüdischen Bevölkerung im GG“, AŻIH, JUS 211/97, Bl. 4 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

am Schwarzmarkt beteiligten. Insbesondere die Wehrmacht zahlte unter Missachtung der offiziellen Regelungen jeden Preis für Güter.[99] Einer der führenden Manager der Landwirtschaftlichen Zentralstelle (LZ), Friedrich Steding, erinnerte sich in seiner Nachkriegsdarstellung über die eigene Tätigkeit im GG daran, dass seine Behörde ganze Waggons landwirtschaftlicher Produktionsmittel schwarz gegen frisches Obst und Gemüse für die Behördenkantine tauschte: „Auch die LZ, obwohl Staatsunternehmen, hielt es schon frühzeitig [...] für geboten und auch gerechtfertigt, die Marktordnungs- und ähnliche Vorschriften nur insoweit zu befolgen, wie sie noch sinnvoll und mit dem Allgemeininteresse vereinbar erschienen."[100] Grundsätzlich nutzten die Deutschen im GG alles, was auch nur den geringsten Verbrauchswert besaß – von abgetragener Kleidung bis hin zu Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln –, zum Tauschhandel.

Auch bei Kontrollen von Restaurants war offensichtlich, „dass neben den polnischen Großschiebern gerade die sehr oft unangemessen verdienenden deutschen Wirtschaftskreise, man möchte sagen, Stammgäste polnischer Luxus- und Schlemmergaststätten sind, und so auch fortgesetzt Sabotage der deutschen Bewirtschaftungs- und Preisbestimmungen betreiben und den Polen ein schlechtes Beispiel geben".[101] Die Vorstellung, dass das deutsche Ansehen im GG durch die Teilnahme Deutscher am Schleichhandel geschädigt wurde, plagte auch HSSPF Krüger, der empört feststellte, dass der blühende Schwarzmarkt zwischen Deutschen und Polen „alle Schranken volkstumsgebundener Unterscheidung niederriss".[102] Über die Rolle des Schwarzmarktes gab es einen erhitzten Disput zwischen der Zivilverwaltung im GG und den zentralen Autoritäten im Reich. Die Zivilverwaltung nahm unter den gegebenen Umständen einen eher pragmatischen Standpunkt ein: So lange der offiziell regulierte Markt nicht ausreichend funktionierte, um der Bevölkerung wenigstens den primitivsten Lebensstandard auf legalem Wege zu ermöglichen, war es unmöglich, den Schwarzmarkt vollkommen auszuschalten.[103]

---

[99] Bericht Gouverneur Warschau, 10.12.1942, AIPN, NTN 285, Bl. 235; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 423, 431.

[100] Bericht Stedings, IfZ, Ms 446, Bl. 94.

[101] Preispolitischer Lagebericht Nr. 17 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 6.6.1942, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 43, 45.

[102] Bericht Krügers, BAB, NS 19/2664.

[103] Lagebericht des Chefs der Ordnungspolizei, 15.5.1940, BA-MA, RH 53-23/25; Aktenvermerk der Reichskanzlei, 26.2.1943, über eine allgemeine Aussprache Boepples, Losackers, Kritzingers, Killys, Stutterheims über die Verhältnisse im GG, IfZ, Fb 50/1-5, Bl. 48; HOUSDEN, Hans Frank, S. 101.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seit 1942 verteidigte die Zivilverwaltung den Schwarzmarkt ganz offiziell und erklärte, dass er eine „wichtige volkswirtschaftliche Funktion" erfülle.[104] Im Gegensatz zur Zivilverwaltung, die den Schwarzmarkt als eine notwendige und nützliche Ergänzung der offiziellen Wirtschaft ansah, betrachteten ihn die Reichsbehörden als die Wurzel allen aus deutscher Sicht im GG bestehenden Übels. In den Augen von Heinrich Lammers, dem Chef der Reichskanzlei, waren die wirtschaftlichen Prinzipien der Zivilverwaltung einfach „verfehlt".[105] Backe, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, stellte fest, dass es widersinnig sei, einerseits eine staatlich geplante Landwirtschaft aufzubauen und andererseits einen Schwarzmarkt zu fördern, auf dem die wichtigsten landwirtschaftlichen Güter zu viel höheren Preisen verkauft und im Endergebnis nicht wie geplant an die deutsche Verwaltung geliefert würden.[106]

Den Kern der Debatte bildete die Frage, ob die Probleme im GG durch einen wirklichen Mangel an Gütern oder nur durch organisatorische Fehler, die zu einer falschen Verteilung der Güter und so zur Unterversorgung geführt hatten, hervorgerufen worden waren. Während die Zivilverwaltung argumentierte, es sei einfach unmöglich, die notwendigen Gütermengen bereitzustellen, hielten die Reichsautoritäten dem entgegen, dass es im GG alles in ausreichendem Maße geben würde, wie der Schwarzmarkt letztlich beweise.[107] Und wenn es möglich sei, dass sich die Bevölkerung über den Schwarzmarkt versorge, so müsse es doch auch möglich sein, die Verteilung dieser Güter auf offiziellem Wege zu organisieren. Deshalb forderten die Reichsbehörden, dass künftig nicht mehr nur ein festgesetzter Prozentsatz, sondern die gesamte Ernte im GG durch die Zivilverwaltung eingesammelt und wieder verteilt werden sollte. Sie forderten somit eine Erweiterung der staatlichen Verwaltung auf den gesamten Verbrauchssektor.[108] Die Zivilverwaltung hingegen erklärte, dass es weder möglich noch zweckmäßig sei, im GG eine Kriegswirtschaft wie im Reich zu schaffen, da man sich hier weder auf die bereitwillige Mitarbeit der Bevölkerung verlassen könne noch die Machtmittel habe, diese zu erzwingen. Der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft im GG, Walter Emmerich, erklärte: „Man kann nicht hinter jeden einzelnen wirtschaftenden Menschen

---

[104] Bericht Pehles, 28.10.1942, BAB, NS 19/2648.

[105] Lammers an Himmler, 17.4.1943, BAB, NS 19/2664.

[106] Bericht Backes, 14.12.1942, BAB, NS 19/1995; ŁUCZAK, Polityka ludnościowa, S. 437-441.

[107] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 129.

[108] Aktenvermerk der Reichskanzlei, 26.2.1943, über eine allgemeine Aussprache über die Verhältnisse im GG, IfZ, Fb 50/1-5, Bl. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen Soldaten, einen Polizisten stellen, der aufpasst, dass er reglementmäßig verfährt."[109] Darüber hinaus sah die Zivilverwaltung den Schwarzmarkt im Mangel an landwirtschaftlichen Produkten begründet: Seit das Reich 1942/43 seine Lieferforderungen drastisch erhöht hatte, sei es praktisch unmöglich geworden, die Bevölkerung offiziell zu versorgen.[110] In dieser Situation betrachtete die Zivilverwaltung den Schwarzmarkt als die einzige Möglichkeit, die knappen Lebensmittel zu verteilen. Deshalb führte sie die offizielle Duldung eines Selbstversorgungsschleichhandels ein, um Unruhen zu verhindern.[111] Dieser Selbstversorgungsschleichhandel dürfe allerdings nicht mit dem großangelegten kommerziellen Schleichhandel verwechselt werden, wie der Warschauer Gouverneur Fischer erklärte. Letzterer müsse rigoros bekämpft werden. So wurden zum Beispiel Inhaber von Lebensmittelgeschäften, deren Preise zu hoch waren, ins Konzentrationslager Treblinka deportiert.[112] Sogar HSSPF Krüger stimmte dem Vorschlag zu, einen Selbstversorgungsschleichhandel zu dulden, bestand aber darauf, dass diese Entscheidung nicht öffentlich gemacht werde.[113] Für die Zivilverwaltung erfüllte der Schwarzmarkt eine Alibi-Funktion. Während eines Treffens mit dem Erzbischof von Krakau, Fürst Adam Stefan Sapieha, am 14. Dezember 1942 erwiderte Staatssekretär Josef Bühler auf dessen Frage, wie ein polnischer Arbeiter von den viel zu geringen offiziellen Rationen leben solle, dass es ja schließlich einen freien Markt gebe und die deutschen Behörden illegale Lebensmitteltransporte in die Städte mehr oder minder billigten.[114] Somit rechtfertigte die Zivilverwaltung die niedrigen offiziellen Rationen für die Bevölkerung mit der Möglichkeit von privaten Zukäufen auf dem Schwarzmarkt. Eine ähnliche Funktion erfüllte der freie Handel als Argument bei der Rechtfertigung der im GG betriebenen Wirtschaftspolitik gegenüber dem Reich. Wollte man den Schwarzmarkt ausschalten, so hieß es, dann müsse die deutsche Verwaltung eben

---

[109] Vortrag Walter Emmerichs über die gewerbliche Wirtschaft des GG, 8.7.1942, BAB, R52/VI/2; vgl. Preispolitischer Lagebericht Nr. 21 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.3.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 108.

[110] Aktenvermerk der Reichskanzlei vom 26.2.1943 über die Verhältnisse im GG, IfZ, Fb 50/1-5, Bl. 48.

[111] Preispolitischer Lagebericht Nr. 19 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 6.10.1942, AAN, Rząd GG 1150, S. 71; Bericht Gouverneur Warschau, 15.6.1942, AIPN, NTN 285, Bl. 138; Bericht Gouverneur Warschau, 15. 8.1942, ebd., Bl. 175 f.

[112] Bericht, Gouverneur Warschau, 13.4.1942, ebd., Bl. 117; Bericht Gouverneur Warschau, 15.6.1942, ebd., Bl. 138.

[113] Preispolitischer Lagebericht Nr. 18 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.12.1942, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 56.

[114] RGO-Memorandum an die Hauptabteilung Innere Verwaltung betr. den freien Lebensmittelmarkt, 26.1.1943, AAN, RGO Kraków 33, Bl. 93.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch die Lebensmittelversorgung der gesamten polnischen Bevölkerung übernehmen und nicht nur die der 1,4 Million Polen, die zum Nutzen Deutschlands arbeiteten. In diesem Fall allerdings wäre ein zusätzlicher Export von Lebensmitteln, den das Reich seit 1942/43 immer vehementer einforderte, kaum mehr möglich.[115] In diesem Sinne machte also gerade das Fehlen eines geordneten Wirtschaftssystems die Erfüllung der Forderungen des Reichs möglich.

Da das fundamentale Problem der Wirtschaft im GG – der Mangel an Gütern – nicht gelöst werden konnte, versuchten die Deutschen, wenigstens einen in sich geschlossenen offiziellen Sektor zu etablieren, der von ungewollten äußeren Einflüssen abgeschottet war. In diesem geschlossenen Wirtschaftssektor mussten zwei Faktoren ins Gleichgewicht gebracht werden: Zum einen die Befriedigung der Bedürfnisse der Landwirtschaft, also die Produktion von Bonusgütern, um die Ergebnisse bei der Ernteeinsammlung zu verbessern, und zum anderen die Befriedigung der Bedürfnisse der Kriegswirtschaft, d. h. die Bereitstellung von Arbeitern, Lebensmitteln und Rüstungsgütern für das Reich und die Wehrmacht.[116] Der geschlossene offizielle Sektor musste deutlich erweitert werden und auch solche Teile der bislang inoffiziellen Wirtschaft einbeziehen, ohne die die offizielle Wirtschaft nicht funktionieren konnte. Wichtigstes Projekt hierbei war die Versorgung von Angehörigen der Rüstungsarbeiter.[117] Der Ernteausnahmezustand, der für den 13. Juli 1942 verhängt worden war, schien die entscheidende Grundlage hierfür zu bieten, allerdings wurden diese Hoffnungen durch die stark gestiegenen Reichsforderungen für die Ernteliefe-rung 1942/43 zunichte gemacht. Im März 1943 konstatierte die Abteilung Preisbildung:

> „Wenn man noch vor einem halben Jahr annehmen konnte, dass die bessere Ernte und die erheblich verbesserte Erfassung eine ausreichende Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gewährleisten und damit eine weitgehende Ordnung und Beruhigung in die Wirtschaft des Landes bringen, eine wesentliche Leistungssteigerung der gewerblichen Wirtschaft und eine Verkleinerung des schwarzen Marktes mit einem gleichzeitigen Absinken der Schleichhandelspreise zur Folge haben würden, so ist diese Hoffnung durch Umstände, für die

[115] Aktenvermerk der Reichskanzlei v. 26.2.1943 über die Verhältnisse im GG, IfZ, Fb 50/1-5, Bl. 48.

[116] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, AAN, Rząd GG 1150, Bl. 136; Preispolitischer Lagebericht Nr. 20 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 14.12.1942, ebd., Bl. 92.

[117] Preispolitischer Lagebericht Nr. 18 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.8.1942, ebd., Bl. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

> nicht die Regierung des Generalgouvernements verantwortlich ist, nicht mehr ohne weiteres oder doch nicht für nähere Zukunft begründet."[118]

Die Belastung der Versorgungssituation im Frühjahr 1943 führte zu einem bis dato ungekannten Anstieg der Preise auf dem Schwarzmarkt und zu Unruhen in der Bevölkerung:

> „Jetzt ist für jedermann erkennbar, dass weitere Belastungen nicht mehr tragbar sind, sondern zu einem Zusammenbruch der geordneten Verwaltung des Landes führen müssen. Es steht fest, dass ein grundsätzlicher Wandel im Wirtschaftssystem eintreten und das vor allem eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit allen wirklich lebensnotwendigen Erzeugnissen erfolgen muss."[119]

Selbst als die Zivilverwaltung sich im September 1943 entschloss, große Teile der Bevölkerung von den offiziellen Lebensmittelzuteilungen auszuschließen, um die vorhandenen Vorräte auf die Rüstungsarbeiter und deren Angehörige zu konzentrieren, hatte dies keine Auswirkung auf die Situation, da die neuen offiziellen Rationen auch nicht ausreichten, um mehr als eine Minimalversorgung für die Aufrechterhaltung der Produktivität der Arbeiter zu garantieren.[120] Somit verlor der Schwarzmarkt nicht an wirtschaftlicher Bedeutung, wie das Amt für Preisbildung resigniert feststellte.[121]

Fazit

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass das GG repräsentativ für eine vom ökonomischen Standpunkt aus sinnlose Besatzungspolitik steht. Wie ich einführend dargelegt habe, erschien es der Zivilverwaltung im Dezember 1939 unmöglich, die deutschen Ziele durch die ursprüngliche Destruktionspolitik zu erreichen. Stattdessen sollten die wirtschaftlichen Ressourcen insoweit förderlich behandelt werden, wie es dem Reich nutzte. Allerdings führte die Realität der Ressourcenknappheit und der immer drastischeren wirtschaftlichen Ausbeutung durch das Reich dazu, dass die deutsche Zivilverwaltung im GG ein sehr unvollkommenes Wirtschaftssystem errichtete und letztlich genau das hinterließ, was Hitler ihr ursprünglich aufgetragen hatte: einen Trümmerhaufen. Das zugrunde liegen-

---

[118] Preispolitischer Lagebericht Nr. 21 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.3.1943, ebd., Bl. 108 f.

[119] Preispolitischer Lagebericht Nr. 22 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.6.1943, ebd., Bl. 129.

[120] RGO an Naumann, 14.9.1943, AIPN, NTN 306 (Bühler-Prozess), Bl. 17–22.

[121] Preispolitischer Lagebericht Nr. 23 der Abteilung Preisbildung in der Regierung GG, 1.9.1943, ebd., Bl. 157.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

de strukturelle Problem war, dass das Deutsche Reich gleichzeitig unterschiedliche, sich gegenseitig ausschließende Ausbeutungs- und Ausnutzungsprojekte im GG verfolgte. Einerseits sollten polnische Arbeiter aus dem GG ins Reich deportiert und immer größere Mengen landwirtschaftlicher Produkte geliefert werden; andererseits versuchte man die industrielle Produktion vor Ort zu steigern. Zusätzlich zu diesen wirtschaftlichen Widersprüchen müssen politische Faktoren einbezogen werden, so die schädlichen Auswirkungen des Ausschlusses der Juden aus sämtlichen Wirtschaftsbereichen, die Ermordung jüdischer Arbeiter sowie Umsiedlungsaktionen und der Terror gegen die Bevölkerung. Die nationalsozialistische Rassenideologie diktierte die Missachtung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung im GG und machte es für die Zivilverwaltung letztlich unmöglich, gegen die unrealistischen Reichsanforderungen zu argumentieren, da sie nicht auf die Eigenbedürfnisse des GG verweisen konnte.[122]

Auch wenn die Erwartungen des Reichs niemals voll erfüllt wurden, so wurde doch eine substantielle Menge von agrarischen Produkten und Arbeitern aus dem GG gepresst. Für das letztendliche Scheitern der Erfüllung ihrer Forderungen machten die Reichsautoritäten Franks Versagen beim Aufbau einer wirtschaftlichen Ordnung verantwortlich. Während man sicherlich auch argumentieren könnte, dass eine systematischere Ausbeutung das Herauspressen von noch mehr Ressourcen aus dem GG zum Nutzen des Reichs erlaubt hätte,[123] bleibt doch die Frage, wie unter den gegebenen Voraussetzungen ein geordneteres System der Ausbeutung hätte etabliert werden können. In Anbetracht der unterschiedlichen Zwänge, die in verschiedene Richtungen drängten, war es unmöglich, das GG zu regieren, selbst wenn Franks Vorgehen organisierter und effektiver gewesen wäre. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Mischung aus Unterdrückung, Kontrolle und einer pragmatischen, *laissez faire* Tolerierung des Schwarzmarkts – wie sie von Frank und seiner Verwaltung vertreten wurde – effektiver war als die eher unrealistischen Forderungen der Reichsministerien nach einer totalen Kontrolle der Wirtschaft.[124]

Zusammenfassend kann man somit argumentieren, dass die beiden unterschiedlichen Herangehensweisen, unbeschränkte Ausbeutung und Ausnutzung der wirtschaftlichen Ressourcen vor Ort, in einer widersprüchlichen Politik endeten. Dies kombiniert mit den ideologischen Zielen, welche die Wirtschaft schwächten, bewirkte, dass die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im GG fundamental fehlerhaft war.

---

[122] GROSS, Polish Society, S. 90 f.

[123] OVERY, The Economy of the German „New Order“, S. 18 f.

[124] CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 2000, S. 250.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-88640-418-6.2009.103 | Generated on 2025-07-21 07:53:13
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/